

Ein Bayern für Alle

Unser Plan für eine sozialdemokratische Zukunft des Freistaats

Bayern ist Deutschlands schönstes Bundesland mit fleißigen, engagierten Menschen, pulsierenden Städten und idyllischen Dörfern, mit einer starken Wirtschaft von alteingesessenen Handwerksbetrieben über junge Start-Ups bis hin zur internationalen Großindustrie, mit Kulturschätzen, lebendigen Brauchtümern und hippen Szenen. Und dennoch ist auch das Leben in Bayern von den täglichen Herausforderungen des Alltags geprägt: Hohe Mieten und Baukosten, Leerstände in Ortskernen und Fußgängerzonen, zu wenig Kitaplätze, die immer stärker werdende Klimakrise, keine Verkehrsanbindung auf dem Land – es gibt vieles, was die Menschen in Bayern tagtäglich herausfordert. Man darf sich bei der Lösung dieser Probleme nicht durch den Fingerzeig nach Berlin entledigen, wie es CSU und Freie Wähler ununterbrochen tun. All diese Probleme müssen durch die Landespolitik mit gelöst und mutig angepackt werden – und zwar sozialdemokratisch!

In der sich geopolitisch verändernden Welt bekennt sich Bayern zu seiner Verantwortung, einen eigenen Beitrag zu einer internationalen Ordnung auf Basis des Völkerrechts, Multilateralismus und partnerschaftlicher Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu leisten. Die UN-Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung sind für uns dabei handlungsleitend.

- **Stärke durch Nachhaltigkeit: Den bayerischen Wirtschaftsstandort zukunftsfest machen!**

Bayerns Wirtschaft ist die sechstgrößte Volkswirtschaft der EU. Mit hoher Exportorientierung profitieren wir wie kaum eine andere Region vom EU-Binnenmarkt und seinen offenen Grenzen. Diese Spitzenposition ist jedoch zusehends gefährdet. Die CSU-geführte Staatsregierung hat die Energiewende ausgebremst und damit eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit durch drohende Versorgungsengpässe und hohe Energiepreise in Kauf genommen. Die SPD fordert eine Revolution der bayerischen Energieversorgung. Um den Wirtschaftsstandort für die Zukunft zu sichern, braucht es jetzt einen schnellen und massiven Ausbau der Windenergie, der Übertragungs- und Verteilnetze sowie der Wasserstoffinfrastruktur und Geothermie. Dabei unterstützen wir auch die Beteiligung der Bürger*innen zum Beispiel durch Bürgerenergiegenossenschaften und Windkraft-Booster für Kommunen. Mehr Windkraft und erneuerbare Energien allein können die benötigte Energie aber nicht liefern, wenn die Infrastruktur in Bayern weiterhin ignoriert wird. Bayern muss Vorreiter sein für Giga-Speicher, beginnend mit dem Areal des stillgelegten Isar2 Kraftwerkes. Die Netze müssen ausgebaut (Übertragungsnetz, Verteilernetz, Netzpunkte) werden und via Smart Grid den Menschen optimal dienen. Zudem plädieren wir für eine Investitionsoffensive in die technische und soziale Infrastruktur des Freistaats, flankiert mit gezielten Unternehmensanreizen und effektivem Bürokratieabbau sowie einer intelligenten Reform der staatlichen Schuldenregeln. Bayerische Unternehmen dürfen nicht bei der Transformation allein gelassen werden. Es braucht einen bayerischen Investitionsfonds, der von einer bayerischen Transformationsagentur verwaltet und die zusätzlich koordinierenden Aufgaben in der Transformation übernimmt (Weiterbildung, Förderberatung, etc.). Nur so können wir Bayern als starken, innovativen und weltoffenen Wirtschaftsstandort erhalten und seine Zukunftsfähigkeit sichern.

Ferner liegt uns Sozialdemokraten Bayerns gesunde Landwirtschaft am Herzen. Wir wollen faire Preise bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen, mehr Tierwohl und weniger Bürokratie für Landwirte. Gleichzeitig müssen Lebensmittel für alle Menschen in Bayern bezahlbar bleiben. Hinsichtlich des drastischen Rückgangs bei der Artenvielfalt muss der Ökolandbau bis spätestens 2030 auf min. 30 % der landwirtschaftlichen Fläche ausgeweitet werden. Die Ziele des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ müssen erreicht werden. Darüber hinaus hat die Klimakrise Bayern erreicht: Extremwetter wie Hitze, Dürre, Starkregen und

Hochwasser nehmen deutlich zu und belasten Bevölkerung und (Land-)Wirtschaft. Die SPD will den Klimawandel effektiv bekämpfen. Dies geht nur mit internationaler Zusammenarbeit. Auch unsere Energiewende ist von Klima- und Energiepartnerschaften weltweit abhängig. Die Menschen in Bayern müssen mit Klimaanpassungsmaßnahmen bestmöglich geschützt werden. Wir brauchen Schwammkommunen, grüne Quartiere, Renaturierung von Flüssen, Mooren und Auen sowie eine Begrenzung des Flächenfraßes: Wir fordern ein Naturflächengesetz! Auch hinkt der Freistaat z. B. beim technischen und natürlichen Hochwasserschutz hinterher, die Zeche müssen die Betroffenen in den Katastrophengebieten zahlen! Wie in anderen Bundesländern muss beim Hochwasserschutz mit allen Ober- und Unterliegern sowie den Wasserwirtschaftsämtern in gemeinsamen Flussverbänden geplant werden. Gleichwohl wird Trinkwasser künftig unsere wertvollste Ressource sein. In diesem Sinne braucht es Investitionen in die Wasserversorgung und den Wasserschutz – auch über einen Wassercent!

- **Für faire Arbeitsbedingungen und die beste Gesundheitsversorgung in ganz Bayern!**

Die SPD-Forderung einer Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro war ein wichtiger Schritt, von dem 860.000 Menschen in Bayern direkt profitiert haben – und viele weitere über daran anknüpfende Tarifverhandlungen. Eine zukünftige Erhöhung auf 15 Euro bzw. im Sinne der EU-Mindestlohnrichtlinie auf 60 Prozent des mittleren Lohns ist es auch! Darüber hinaus schützen Tarifverträge vor prekärer Beschäftigung und schaffen gerechte Lebensverhältnisse. Daher braucht es mehr tarifgebundene Beschäftigung sowie ein Tariftreugesetz, das die Vergabe von staatlichen Aufträgen an die Tarifbindung knüpft.

Mit dem Bürgergeld haben wir einen echten Wandel in der Grundsicherung geschaffen: Es geht um mehr Respekt und gerechte Teilhabe. Zugleich geht es auch darum, den Herausforderungen des Fachkräftemangels und der digitalisierten Arbeitswelt zu begegnen: Wir wollen, dass alle Menschen sich weiterqualifizieren und umschulen können! Mit der Abschaffung des Vermittlungsvorrangs in Arbeitsagenturen stärken wir eine nachhaltige (Re-)Integration von (Langzeit-)Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt.

In der bayerischen Gesundheitspolitik darf die CSU-geführte Staatsregierung ihre Verantwortung nicht länger auf Bund und Kommunen abwälzen. Die SPD fordert, dass sich der Freistaat endlich konstruktiv bei der Krankenhausreform einbringt und die medizinische Versorgung insbesondere in den ländlichen Räumen verbessert, einschließlich einer effektiveren Verzahnung von stationärer und ambulanter Versorgung sowie einer verlässlichen Notfallstruktur. Bei den Investitionskosten muss der Freistaat dem tatsächlichen Bedarf der Kliniken nachkommen – wir fordern, die längst versprochene Krankenhaus-Milliarde endlich in die Hand zu nehmen. Zudem braucht es mehr Pflegeplätze sowie eine bessere Unterstützung für Pflegeeinrichtungen, die häusliche Pflege und pflegende Angehörige. Die Versorgung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung muss unabhängig von Wohnort und Wohnform in allen Teilen Bayern gewährleistet sein.

Dies gilt auch für die „inklusive Lösung in der Kinder- und Jugendhilfe“, der Bundestag und Bundesrat 2021 zugestimmt haben. Die Staatsregierung muss jetzt die inklusive Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe mit klaren Zuständigkeiten („aus einer Hand“) organisieren und umsetzen, um das Leben von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien erheblich zu erleichtern.

- **Von der Kita bis zur Uni und zum Meister: Beste Bildungschancen für junge Menschen!**

Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam die frühkindliche Bildung in Bayern qualitativ absichern und ausbauen. Der Bund investiert mit dem Kita-Qualitätsgesetz Millionen in bayerische Kitas. Die CSU-geführte Staatsregierung hat sich jedoch oft ihrer Verantwortung entzogen und eine existenzgefährdende Schieflage im System provoziert. Schon seit Jahren fordern wir als SPD-Fraktion die Staatsregierung auf, ihrer Aufgabe gerecht zu werden und die Kitafinanzierung in Bayern neu aufzustellen und vor allem auskömmlich zu gestalten. Die Grundfinanzierung – der sogenannte Basiswert – muss dringend angehoben werden (von derzeit 60 % Kostendeckung auf 90 %).

In Bayern hängt der Schulerfolg stark vom Elternhaus ab, wie eine ifo-Studie im April zeigte. Der Abstieg im dreigliedrigen Schulsystem ist viel wahrscheinlicher als der Aufstieg. Obwohl Bayern in bundesweiten Kompetenztests oft gut abschneidet, sind die Ergebnisse international nur mittelmäßig. Um die Chancengleichheit zu verbessern, fordern wir qualitativ hochwertige Sprachförderung in Kitas und Grundschulen vor Ort. Bayern muss dringend mehr in seine Kinder investieren. Der entscheidende Faktor für Bildungsgerechtigkeit sind ausreichend Lehrkräfte und multiprofessionelle Teams an den Schulen. Bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule brauchen die Kommunen konkrete Hilfen von der Staatsregierung. Außerdem muss der Freistaat das Startchancenprogramm dringend auf die Berufsschulen ausweiten.

Beschäftigungsverhältnisse an den bayerischen Hochschulen sind oft prekär und unsicher. Während die Hochschulverwaltung bei mangelndem Personal überlastet ist, fehlt es gerade im wissenschaftlichen Bereich an nachhaltigen Zukunftsperspektiven. Um die Situation zu verbessern, fordern wir mehr Dauerstellen im wissenschaftlichen Betrieb. In den Hochschulstädten können sich immer weniger Studierende Wohnraum leisten. Der Freistaat muss die Situation dringend mit einer Erhöhung der Wohnheimquote auf 15 Prozent entlasten. Mit der Novellierung des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes hat die Staatsregierung gegen den Willen der Studierendenschaft die Einführung von Studiengebühren für Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland umgesetzt. Um im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte an der Spitze zu bleiben, müssen Studiengebühren abgeschafft werden.

- **Von der Stadtmitte bis aufs Land: Wohnen und Mobilität nachhaltig und bezahlbar machen!**

Trotz des verfassungsmäßigen Anspruchs auf angemessenen Wohnraum ist es in Bayern für viele Menschen schwierig, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die Zahl der Wohnungslosen hat sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt, was nicht zuletzt an gestiegenen Bau-, Zins- und Mietkosten sowie den Rückgang der Sozialwohnungen liegt. Um diese Misere zu beenden, braucht es mehr Investitionen in den geförderten Mietwohnungsbau, mehr Unterstützung für Kommunen und Genossenschaften, eine gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik sowie zur Mobilisierung baureifer Grundstücke die Einführung der Grundsteuer C. Zudem wollen wir als SPD das „Housing First“-Modell verstärkt umsetzen, um die weiter um sich greifende Wohnungslosigkeit zu bekämpfen.

Nachhaltige, erschwingliche, barrierefreie und sichere Mobilität ist entscheidend für gesellschaftliche und berufliche Teilhabe. In Hinblick auf den ÖPNV-Ausbau liegt Bayern im Vergleich mit anderen Bundesländern auf dem vorletzten Platz. Die CSU hat es in den letzten Jahrzehnten nicht geschafft, mehr Busse in die bayerischen Dörfer zu bringen und flächendeckend für einen ordentlichen Takt zu sorgen. Um endlich gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Bürger in ganz Bayern herzustellen, ist es für uns Sozialdemokraten unabdinglich, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Förderung des Radverkehrs sowie auch insbesondere der E-Mobilität weiter voranzutreiben.

- **Migration steuern, Kommunen entlasten, Sicherheit und Recht stärken, solide Haushalten!**

Wir Sozialdemokraten setzen uns für einen starken Rechtsstaat und eine wehrhafte Demokratie ein, die entschlossen gegen jegliche Art von Terrorismus und Extremismus vorgeht! Gleichwohl streben wir einen Ausgleich zwischen Sicherheit und Freiheit an, um die Bevölkerung zu schützen, ohne sie zu überwachen. Um eine hohe innere Sicherheit zu gewährleisten, muss die Polizei und die Justiz personell und sachlich besser ausgestattet, auch mit digitalen Mitteln verstärkt werden. Die ehrenamtliche Tätigkeit bei Feuerwehr und Rettungsdiensten ist von unschätzbarem Wert. Bei der freiwilligen Feuerwehr ist für uns klar: Diese darf nicht durch Altersgrenzen eingeschränkt werden. Die ausreichende Finanzierung der Rettungsdienste ist sicherzustellen.

Unsere Städte und Gemeinden leisten hervorragende Arbeit für die Menschen vor Ort, aber sie ächzen unter wachsenden Aufgaben und zu geringen finanziellen Mitteln. Statt eines undurchdringlichen Förderdschungels mit kaum einhaltbaren Auflagen braucht es eine deutliche Anhebung der Verbundquote auf 15 % (finanzieller Anteil der Kommunen an bayerischen Steuereinnahmen), damit die Kommunen ihre Aufgaben weiter erfüllen können.

Bayern braucht Zuwanderung! Migration muss aber gesteuert und Integration nachhaltig gefördert werden. Irreguläre Einwanderung muss insbesondere durch ein gemeinsames europäisches Asylsystem minimiert werden. Schwere Straftäter werden konsequent abgeschoben. Grenzkontrollen können hilfreich sein, müssen aber mit EU-Recht vereinbar sein.

Die CSU fordert vom Bund eine immer weitergehende Begrenzung der Zuwanderung. Dies begründet sie auch mit der starken Auslastung der Ausländerbehörden und den knappen Unterbringungskapazitäten in den Kommunen. Dabei hätte die bayerische Landesregierung in genau diesen Bereichen eigene Handlungsmöglichkeiten, die nicht ausreichend ausgeschöpft werden. Denn vor allem auch die in Landesverantwortung liegenden Prozesse im Bereich der Migration und Integration müssen deutlich beschleunigt werden.

Die Ausländerbehörden in Bayern müssen personell besser ausgestattet und schneller digitalisiert werden. Vor allem für Betriebe ist es wichtig, nicht monatelang auf Arbeitserlaubnisse für dringend benötigte Mitarbeitende zu warten. Außerdem müssen die Berufsanerkennungen schneller gehen. Und auch auf ihre Einbürgerungen dürfen Betroffene nicht mehr jahrelang warten müssen.

Auch den bayerischen Verwaltungsgerichten fehlt es an Personal. Während das BAMF die Dauer seiner Verfahren deutlich reduzieren konnte, dauern vor allem die Gerichtsverfahren in Bayern noch immer zu lange und verzögern die Prozesse.

Eine solide, generationengerechte Haushaltspolitik orientiert sich an gesetzlichen Vorgaben, stärkt die Steuereinnahmen durch besseren Vollzug und plant produktive Ausgaben so, dass keine bewilligten Gelder ungenutzt bleiben und wichtige Zukunftsinvestitionen ermöglicht werden. Wir treten für eine intelligente Reform der Schuldenbremse ein. Damit können die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die notwendigen Investitionen in Bayern und Deutschland zu tätigen.

Der soziale Frieden in unserem Land ist in Gefahr! Rechte Kräfte versuchen, die Probleme, die durch vielfältige Krisen entstanden sind, für sich zu nutzen und hetzen die Menschen gegeneinander auf. Wir Sozialdemokraten waren und sind das Bollwerk gegen Rechts! Wir stellen uns bei Demos und im Alltag gegen jegliche Form der Diskriminierung. Wir schützen die sozial Schwachen und spielen sie nicht gegeneinander aus. Wir stehen fest verankert in der Mitte der Gesellschaft und verteidigen gemeinsam mit anderen Verfassungspatrioten unsere liberale Demokratie auf allen politischen Ebenen gegen ihre Feinde. Wir stehen für eine Politik, die Menschen überzeugt, dass auch unsere freiheitliche Gesellschaft jedes komplexe Problem effektiv angehen und lösen kann!